

de.rt.com

Mittelstand sieht schwarz fürs Jahr 2021: "Die Stimmung ist gekippt"

7-8 Minuten

9 Feb. 2021 10:31 Uhr

Der größte deutsche Mittelstandsverband, der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW), sieht düstere Prognosen für das Wahljahr 2021. Eine aktuelle Umfrage der BVMW bestätigt: Jeder zweite Betrieb lehnt die Corona-Politik ab.



© Foto: Privat, mit freundlicher Genehmigung von Markus Jerger

Der Mittelstand hat besonders unter dem Corona-Lockdown gelitten. Das zeigt sich in der aus sechs Fragen bestehenden Umfrage unter 100.000 deutschen Betrieben. Diese BVMW-Analyse liegt *RT DE* vor. Präsident Markus Jerger (vertritt über 900.000 Unternehmen) kritisierte die Corona-Politik der Regierung gegenüber *RT DE*:

"Die Bundesregierung darf ihre plan- und ideenlose Corona-Politik nicht fortsetzen, sie muss das Chaos beenden. Gegenwärtig wird sie nur noch von 40 Prozent unterstützt. Die Mehrheit sieht sie inzwischen kritisch oder lehnt sie ab. Mit anderen Worten: Die Stimmung ist gekippt."

60,74 Prozent mussten infolge der Pandemie staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, 71,4 Prozent von ihnen bezeichnen diese als bürokratisch und kompliziert. 49,98 Prozent, also die Hälfte aller Antragsteller, warteten länger als vier Wochen, 23,98 Prozent länger als acht Wochen und 27,04 Prozent länger als zwölf Wochen. Im Klartext heißt das: Rund jeder Dritte musste auf seine Monatshilfen drei Monate warten.



58,04 Prozent der Unternehmen sind derzeit strikt gegen eine Verlängerung des Lockdowns über den 14. Februar hinaus. Nur 34,27 Prozent hätten Verständnis für längere Schließungen.

Auf die Frage, was wäre, wenn der Lockdown noch drei Monate anhielte, bezeichneten sich 37,9 Prozent als "gefährdet". Nur 32,51 Prozent meinten, sie seien nicht gefährdet.

47,37 Prozent der befragten Unternehmer befinden die Corona-Politik der Bundesregierung für schlecht oder sehr schlecht. Das ist jedes Zweite.

33,58 Prozent halten sie für befriedigend. Nur 2,51 Prozent aller

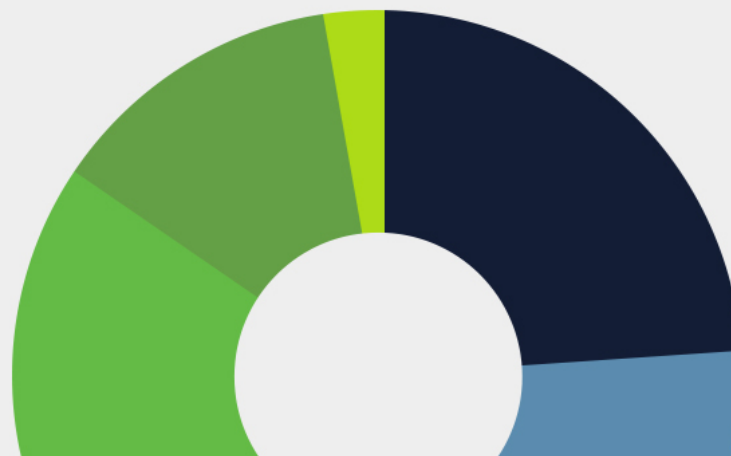
befragten Mittelstandsunternehmen befanden die Corona-Politik für sehr gut.

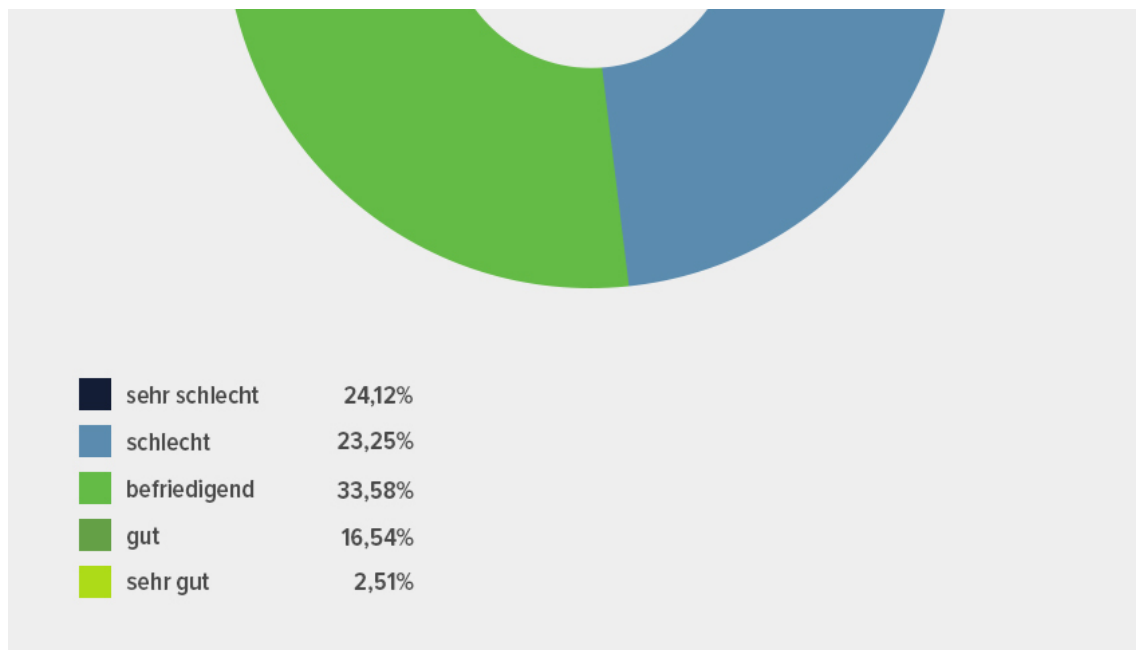
Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag schätzt einen negativen Trend für das Bruttoinlandsprodukt (die Summe aller Güter und Dienstleistungen in der jeweiligen Landeswährung, die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hergestellt), die er am Donnerstag bekannt geben wird. Die Prognose für das Jahr 21 sieht nach Voraussagen eher düster aus. Die Rede ist derzeit wegen der befürchteten Verlängerung des Lockdowns etwa bis Ostern bei den 79 Kammern bei rund drei Prozent. Prognose des DIW lag nach dem letzten Jahr bei minus 5,1 Prozent für das Jahr 2021 noch bei 5,3 Prozent im Plus. Das dürfte nun so kaum noch zu halten sein.

Jerger betonte, dass jede Woche Lockdown drei bis fünf Milliarden Euro koste. Er fordert von der Bundesregierung:

"Wir erwarten vom morgigen Corona-Gipfel einen verbindlichen Fahrplan für den Lock-off Deutschlands. Die Bundesregierung muss uns verbindlich sagen, ab welchen Inzidenzwerten welche Lockerungen gelten. Der nächste Gipfel bei der Kanzlerin muss ein Mittelstandsgipfel sein."

Wie bewerten Sie die Corona-Politik der Bundesregierung insgesamt?





Der Trend spiegelt sich auch in ersten Auswertung der Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn wider, für die der DIHK mehr als 10.000 Unternehmensantworten befragte. In einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld komme den deutschen Unternehmen ihre internationale Vernetzung zugute. So rechneten aktuell 30 Prozent der Industrieunternehmen mit besseren Exportgeschäften, 22 Prozent mit schlechteren.

Besonders zuversichtlich bewerten etwa die Betriebe der pharmazeutischen Industrie, der Elektrotechnik, der chemischen Industrie sowie des Maschinenbaus und der Metallerzeugnisse ihre Aussichten auf den Weltmärkten.

Zum Vergleich: Im Herbst 2020 erwarteten insgesamt nur 26 Prozent der Befragten bessere Ausfuhren, 30 Prozent schlechtere. Insbesondere die Nachfrage aus China nach deutschen Produkten zeigt sich derzeit stabil. In der Exportrangliste der deutschen Unternehmen verdrängte die Volksrepublik im vergangenen Jahr Frankreich auf den dritten Platz und wird Rang zwei nach den USA voraussichtlich auch 2021 behaupten können.



Nur etwas mehr als die Hälfte der von Unternehmen beantragten November- und Dezemberhilfen wurde bis Anfang Februar tatsächlich ausgezahlt. Bisher wurden Anträge mit einem Fördervolumen von rund 9,4 Milliarden Euro gestellt, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilt. Ausgezahlt wurden davon bisher nur knapp 5,2 Milliarden Euro, also rund 55 Prozent der beantragten Summe.

Die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich leicht – von einem niedrigen Niveau aus. Im Durchschnitt stieg die Investitionsbereitschaft der Betriebe gegenüber Herbst 2020 von minus 15 auf minus neun Punkte. Den Stand von Jahresbeginn 2020 (plus sechs Punkte) erreichten die Investitionsabsichten damit jedoch noch nicht wieder. Deutlich mehr investieren wollen momentan vor allem die Pharmaunternehmen, im Maschinen- und Fahrzeugbau erholen sich die Pläne hingegen nur geringfügig.

Der DIHK zieht sein Fazit: Die Unternehmen werden auch in diesem Jahr ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit beweisen müssen, um die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen.

Hart hat es auch den Einzelhandel erwischt. Der Lockdown im Dezember bescherte den deutschen Einzelhändlern Ende 2020

das größte Umsatzminus seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Der Umsatz sank im Dezember 9,3 Prozent zum Vormonat, so das Statistische Bundesamt. "Das war der stärkste Rückgang seit Statistikbeginn 1994. Preisbereinigt lag das Minus bei 9,6 Prozent." Dabei geht nun der Handelsverband HDE auf die Barrikaden. Ein sicheres Einkaufen gehe auch unter Pandemiebedingungen betonte der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands HDE, Stefan Genth. Dazu gehörten Öffnungen, schon bevor der Inzidenzwert von 50 erreicht sei. Lebensmittelhändler und Drogerien bewiesen seit Monaten, dass dies unter Einhaltung strikter Hygiene- und Abstandsregeln möglich sei.

Auch der Export leidet massiv. Wie das statistische Bundesamt mitteilte, brachen die Wareneinfuhren im Vergleich zu 2019 um 9,3 Prozent auf 1204,7 Milliarden Euro ein. Das war der stärkste Rückgang seit der weltweiten Finanzkrise 2009.

Mehr zum Thema - [Bloomberg: Russische Wirtschaft übersteht COVID-19-Pandemie bisher besser als die anderer Länder](#)